

CHINA-KRITIKER WELTWEIT GEFÄHRDET



Das am 1. Juli erlassene Sicherheitsgesetz in Hongkong droht nicht nur China-Kritikern im Inland sondern auch im Ausland. Die IGFM fordert die Bundesregierung auf, das Auslieferungsabkommen von 2006 nach kanadischem Vorbild auszusetzen.

„Bundesregierung muss Auslieferungsabkommen mit Hongkong aussetzen“

Frankfurt am Main, 07. Juli 2020 - Seit 1. Juli 2020 gilt in Hongkong das umstrittene Sicherheitsgesetz. Handlungen, die von der Volksrepublik China unter anderem der Sezession, dem Terrorismus oder der Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten zugeordnet werden, können mit bis zu lebenslanger Haft bestraft werden. Bereits am ersten Tag wurden Menschen wegen angeblicher Verstöße verhaftet. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) kritisiert das Gesetz aufs Schärfste und fordert die Bundesregierung auf, dem kanadischen Vorbild zu folgen und das Auslieferungsabkommen mit Hongkong auszusetzen.

„Kanada hat als erstes Land die richtige Antwort auf das Sicherheitsgesetz gefunden. Jetzt muss die Bundesregierung umgehend nachziehen. Im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft muss Angela Merkel eine Vorreiterrolle in Europa einnehmen und eindeutig für die Menschenrechte Stellung beziehen. Lukrative Wirtschaftsdeals rechtfertigen keine Auslieferungen von China-Kritikern“, erklärt Hubert Körper, Sprecher des Arbeitsausschusses China der IGFM.

